

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
— Drucksache 10/6131 —

Entschließung zur Liberalisierung und Harmonisierung im Verkehrssektor

Entschließung zum Abschluß der Konsultation des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für eine Verordnung zur Festlegung der Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Güter- und Personenverkehr in der Binnenschifffahrt innerhalb eines Mitgliedstaates, in dem sie nicht ansässig sind.

A. Problem

Das Europäische Parlament setzt sich in den zwei zur Beratung anstehenden Entschließungen für eine Liberalisierung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs parallel mit einer Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen ein. Für die Binnenschifffahrt soll die Kabotagefreiheit hergestellt werden mit der Maßgabe, daß vorher Wettbewerbsbehinderungen in einzelnen EG-Mitgliedstaaten beseitigt werden.

B. Lösung

Zustimmung zu der Entschließung mit der Aufforderung an die Bundesregierung, sich nachdrücklich für eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen einzusetzen.

Einmütigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

entfallen

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entschließung des Europäischen Parlaments. Er sieht hierin eine Bestätigung der bisherigen Auffassung seines Ausschusses für Verkehr, wonach die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Verkehrsmarktes Zug um Zug mit einer Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen vollzogen werden muß.

Die Bundesregierung wird ersucht, während der deutschen Präsidentschaft die EG-Verkehrspolitik mit Nachdruck voranzutreiben und dabei insbesondere zu berücksichtigen, daß die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf dem Gebiet der verkehrsspezifischen Steuern und Abgaben und bei der einheitlichen Anwendung der Sozialvorschriften Fortschritte in einem konkreten Zeit-/Maßnahmenkatalog erfährt.

Zum Binnenschiffahrtsbereich wird die Bundesregierung gebeten, bei den weiteren Beratungen in Brüssel die Kabotagevorschläge der EG-Kommission abzulehnen.

Angesichts des engen Sachzusammenhangs zwischen grenzüberschreitendem Verkehr und Kabotage wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, zu gegebener Zeit Vorschläge in die EG-Beratungen einzubringen, die die Belange der deutschen Verkehrswirtschaft angemessen berücksichtigen.

Bonn, den 20. Januar 1988

Der Ausschuß für Verkehr

Lemmrich	Haungs
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Haungs

Die oben angegebene Vorlage wurde durch Drucksache 11/883 Nr. 115 vom 2. Oktober 1987 dem Verkehrsausschuß federführend sowie dem Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 20. Januar 1988 behandelt.

I. Ziele und Inhalt der Vorlage

Die Drucksache 10/6131 enthält zwei Entschließungen des Europäischen Parlaments mit folgendem Inhalt:

1. Entschließung zur Liberalisierung und Harmonisierung im Verkehrssektor

Das Europäische Parlament fordert den Rat auf, baldmöglichst Gemeinschaftsvorschriften zu erlassen für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Verkehrssektor, die sich insbesondere auf den grenzüberschreitenden Verkehr und auf die Kabotagefreiheit (innerstaatlicher Verkehr durch ausländische Verkehrsunternehmen) beziehen. Parallel dazu sollen die Wettbewerbsbedingungen harmonisiert werden. Das Europäische Parlament verlangt von der Kommission die Vorlage eines Gesamtplanes mit einem genauen Zeitplan über die zu treffenden Einzelmaßnahmen.

2. Entschließung zur Kabotagefreiheit in der Binnenschifffahrt

Das Europäische Parlament stimmt einem Kommissionsvorschlag zur Kabotagefreiheit in der Binnenschifffahrt nur zu mit der Maßgabe, daß unverzüglich ein Vorschlag für die Überwachung der Kapazitätsbeschränkungen in der Binnenschifffahrt vorgelegt wird. Wettbewerbsbehinderungen in einzelnen EG-Mitgliedstaaten wie die Tour de rôle und staatliche Begünstigungen des Neubaues von Binnenschiffen müssen beseitigt werden; außerdem werden Kapazi-

tätsbeschränkungen wegen des Überhanges an Schiffsraum in der Binnenschifffahrt für erforderlich gehalten.

II. Verlauf der Ausschlußberatungen

Der Ausschuß ist übereinstimmend der Auffassung, daß weitere Maßnahmen zur Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs nur in Verbindung mit konkreten Schritten zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen vertretbar sind. Wenn es an dieser Verknüpfung fehle, müßten entsprechende Vorschläge der EG-Kommission zur weiteren Liberalisierung abgelehnt werden. Der Ausschuß hält es ferner für erforderlich, daß die EG-Kommission baldmöglichst einen konkreten Maßnahmen-/Zeitkatalog vorlegt, aus dem die einzelnen ins Auge gefaßten Schritte zu ersehen sind. Die Auffassung des Verkehrsausschusses steht insoweit in Einklang mit der entsprechenden Entschließung des Europäischen Parlaments.

Bezüglich der Kabotagefreiheit in der Binnenschifffahrt (innerstaatliche Beförderungen durch ausländische Verkehrsunternehmen) hält es der Ausschuß für erforderlich, daß die Bundesregierung eigene Vorschläge in die Beratungen auf EG-Ebene einbringt, die die Belange der deutschen Verkehrswirtschaft angemessen berücksichtigen. Sie sieht die Vorschläge der EG-Kommission unter den gegebenen Verhältnissen nicht als geeignet an.

III. Mitberatende Stellungnahme, Beschlußvorschlag

Der mitberatende Wirtschaftsausschuß hat Kenntnisnahme von der Vorlage beschlossen. Der federführende Verkehrsausschuß empfiehlt einmütig die Verabschiedung einer Entschließung, die Vorgaben für die weiteren Verhandlungen in Brüssel enthält.

Bonn, den 20. Januar 1988

Haungs

Berichterstatte